

Interview mit Jürgen Dusel

Stellen Sie sich bitte kurz vor und sagen Sie uns, wie Sie Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung geworden sind.

Mein Name ist Jürgen Dusel. Ich bin 53 Jahre alt und in Würzburg geboren. Ich bin Jurist. Das heißt, ich habe Recht an einer Universität studiert. Ich war bis Mai 2018 Beauftragter der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen in Brandenburg. Danach hat mich die Bundesregierung im Mai 2018 zum Bundes-Beauftragten ernannt. Das Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz (BGG) bestimmt, dass es einen Behinderten-Beauftragten der Bundes-Regierung geben muss. Die Bundes-Regierung muss dafür sorgen, dass Menschen mit und ohne Behinderungen in Deutschland gleich gute Lebens-Bedingungen haben.

Welche Aufgaben haben Sie als Behindertenbeauftragter?

Als erstes bin ich Ansprech-Partner der Bundes-Regierung. Das heißt, ich helfe der Regierung bei Entscheidungen und Gesetzen, die etwas mit Menschen mit Behinderungen zu tun haben. Zur Regierung gehören die Ministerinnen und die Minister und die Kanzlerin.

Außerdem habe ich auch Kontakt zu Menschen mit Behinderungen und ihren Vertretungen. So erfahre ich, welche Probleme es gibt und welche Erwartungen Menschen mit Behinderungen haben. Dann mache ich noch Werbung dafür, dass Menschen mit Behinderungen in Zukunft mitbestimmen können. Deswegen gibt es zum Beispiel auch Kultur-Veranstaltungen im Kleisthaus. Das Kleisthaus ist mein Dienst-Sitz. Das ist der Ort, an dem ich arbeite. Kultur-Veranstaltungen sind zum Beispiel Ausstellungen oder Lesungen. Die sind barrierefrei, so dass alle kommen können.

Wie sieht ihr Arbeitsalltag aus?

Vor allen Dingen habe ich ganz viele Termine, oft von früh morgens bis spät abends. Von Termin zu Termin werde ich mit dem Auto gefahren. Die Zeit nutze ich, um zu arbeiten. Ich treffe mich mit Menschen mit Behinderungen und Politikerinnen und Politikern. Oder ich bin bei Veranstaltungen, zum Beispiel bei Diskussions-Runden. Oft halte ich auch Vorträge oder Interviews, so wie dieses hier. Ganz viel spreche ich auch mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das sind die Fach-Kollegen, die genau Bescheid wissen, welche Gesetze es gibt und welche geändert werden müssen. Gemeinsam überlegen wir, welche Änderungen am besten sind für Menschen mit Behinderungen. Das sage ich dann zum Beispiel den Ministerinnen und Ministern oder auch dem Parlament.

Wie beurteilen Sie die Zukunft für Menschen mit Behinderung in Deutschland nach dem Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes?

Mir ist ganz wichtig, dass das Bundesteilhabegesetz Verbesserungen für alle Menschen mit Behinderungen bringt. Auch Menschen mit viel Bedarf an Unterstützung haben ein Recht auf Teilhabe überall. Wichtig ist auch, dass mit dem neuen Gesetz einzelne Menschen nicht weniger Leistungen vom Staat bekommen. Grundsätzlich glaube ich aber, dass das Teilhabe-Gesetz eine gute Sache ist. Mit dem Teilhabe-Gesetz ändert sich langsam das Bild von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft.

Wir müssen aber natürlich sehr genau schauen, wie das Gesetz in Wirklichkeit funktioniert. Das macht das zuständige Arbeits- und Sozialministerium. Meine Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und ich schauen aber auch sehr genau darauf.

Wie können Sie sich am besten entspannen?

Weil ich nicht sehen kann höre ich gerne Hörbücher. Und ich spiele Klavier.

Was bedeutet für Sie persönlich Inklusion?

Inklusion bedeutet für mich, ein gutes Bild von den Menschen zu haben. Ich bin fest überzeugt: Wenn jemand etwas will, dann kann er es auch. Man braucht nur die richtige und passende Unterstützung. Manche brauchen mehr, manche brauchen weniger Unterstützung. Inklusion bedeutet aber vor allem, dass jeder und jede das Recht hat, gleich-berechtigt an allen Bereichen in der Gesellschaft teilzuhaben. Das ist für mich die Grundlage der Demokratie. Demokratie und Inklusion gehören zusammen. Deswegen ist der Leit-Spruch meiner Amtszeit auch „Demokratie braucht Inklusion.“